

Scherer verweist völlig zu Recht darauf, daß das »neue Recht« den Nationalsozialisten ab 1933 »abgestufte Möglichkeiten der »Ausmerze« geboten habe: »vom Fürsorgeentzug über Zeugungs- und Gebärverbot, Verbot der Eheschließung und Erziehung, Ausschluß aus der sozialen Gemeinschaft bis zur physischen Vernichtung«. An dieser abgestuften Ausgrenzung waren nicht nur SS und obskure Rassenhygieniker beteiligt, sondern vielfältige Instanzen von »Polizei und Justiz, Gesundheits-, Arbeits- und Sozialbehörden«. Die Zahl der Opfer – insbesondere der Todesopfer – ist dabei laut Scherer nach wie vor kaum exakt zu ermitteln (S. 112 f.). Aufweisbar hingegen sind die wissenschaftlichen »Täter-Bürger« (Dörner) und ihre Denkweisen, von denen einer dem Verfasser ein aufschlußreiches Interview gewährte (S. 114–124).

Abschließend (S. 125–128) versucht Scherer eine Deutung der NS-»Asozialen«-Verfolgung im Rahmen der »Endlösung der sozialen Frage«. Anders als uferlose Kontinuitätstheoretiker à la Dörner betont Scherer jedoch das Spezifikum des Nationalsozialismus: »Mit der Verfolgung der »Asozialen« erhielt jene Form sozialer Kontrolle Rechtskraft, die die Gesellschaft bislang weitgehend unterhalb der Gesetzesebene und weniger drastisch ausgeübt hatte.« (S. 125) In diese völlige Entgrenzung gesellschaftlicher Feindbilder und Ausgrenzungsstrategien wurden auch diverse Wissenschaften im »Dritten Reich« verwickelt, die sich deshalb noch lange nicht – wie Scherer betont (S. 128) – als »Pseudowissenschaften« abtun lassen. Allerdings lassen sich die hochproblematischen Wertprämissen damaliger Wissenschaft klar benennen: Sie lagen insbesondere in der – wie wir heute wissen – inhumanen Unterordnung der Individuen unter »Allgemeininteressen«, die immer Mehrheitsinteressen bleiben werden.

*Michael Schwartz, Potsdam*

Ulrich Herbert (Hrsg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Klartext Verlag, Essen 1991, 429 S., brosch., 44 DM.

Die Forschung über den »Arbeitseinsatz« von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges ist in den letzten Jahren ein beträchtliches Stück vorangekommen. Zu verweisen ist auf die bahnbrechende Fremdarbeiter-Studie von Ulrich Herbert; zahlreiche regionale und lokale Untersuchungen lieferten inzwischen wertvolle Detailinformationen. Der vorliegende, von Ulrich Herbert herausgegebene und von ihm mit einer instruktiven Einleitung versehene Tagungsband stellt die vergleichende europäische Perspektive in den Vordergrund. Ausländische und deutsche Historiker diskutieren die vielfältigen Aspekte des »Reichseinsatzes«. Sie fragen nach den unterschiedlichen Zielsetzungen, Methoden und Ergebnissen der deutschen Besatzungspolitik, nach den inneren Verhältnissen der besetzten Länder, schildern die Lage der betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter und untersuchen das Verhältnis zwischen den Zwangsarbeitern und der deutschen Bevölkerung. Der Forschungsstand in den einzelnen Ländern ist sehr unterschiedlich; am günstigsten wohl in Polen, wie der Beitrag von Czeslaw Luczak deutlich macht. Er befaßt sich vor allem mit den unterschiedlichen Anwerbungsformen in Polen, die von anfänglich freiwilligen Meldungen sehr rasch zu brutaler Menschenjagd eskalieren.

In einer Fallstudie über das oberschlesische Industriegebiet zeigt Alfred Sulik (Katowice) die ganze Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Arbeiterpolitik. »Volkstumspolitische« Zielsetzungen kollidierten ständig mit kriegswirtschaftlichen Interessen. Ganz ähnliche Probleme beschreibt der Prager Historiker Miroslav Kárny für das Protektorat Böhmen und Mähren. Germanisierungspläne gerieten auch hier in Konflikt mit den Be-

dürfnissen der Rüstungsindustrie und verknüpften sich mit den Machtrivalitäten innerhalb der NS-Führung. Einer besonders abstrusen Form deutscher Arbeiterpolitik geht Tone Ferenc nach. Ähnlich wie Elsässer, Lothringer und Luxemburger, wurden zehntausende slowenischer »Absiedler« nach Deutschland verschleppt, zur »Eindeutschung«. Tatsächlich aber waren sie wohlfeile Arbeitskräfte. Christos Hadziiossif beschäftigt sich mit dem verhältnismäßig kleinen Kontingent griechischer Zwangsarbeiter. In Griechenland setzte nämlich die deutsche Besatzungsmacht auf die Verpflichtung griechischer Arbeiter im Land selbst und auf die rücksichtslose Ausbeutung der einheimischen wirtschaftlichen Ressourcen.

Die Arbeiter aus den »germanischen« Staaten standen in der rassistischen Hierarchie der Nationalsozialisten ganz oben; dementsprechend erträglicher war ihre Lage. Bis zum Kriegsende blieb z. B. Dänemark von Zwangsaushebungen verschont, freilich nur um den Preis ökonomischer Kollaboration (Therkel Straede). Die niederländischen Behörden sahen im »Reichseinsatz« eine Möglichkeit zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit, aber auch einen Weg, durch Wohlverhalten den immer gewaltsameren Zwangsmaßnahmen der Deutschen (Sauckel-Aktionen) zu entgehen (Gerhard Hirschfeld).

Auch die Arbeiterpolitik der Vichy-Regierung wird nur verständlich vor dem Hintergrund ihrer Kollaborationspolitik. Yves Durand verweist auf die verschiedenen Gruppen der in Deutschland eingesetzten französischen Arbeiter – Kriegsgefangene, Freiwillige, Dienstverpflichtete oder Zwangsarbeiter – sowie auf die sehr unterschiedlichen Erfahrungen, die sie dort machten. Zwischen traditioneller Wanderarbeit und Deportation sieht Brunello Mantelli die Migration italienischer Arbeiter nach Deutschland. Hier genossen sie als Angehörige eines befreundeten Staates bis 1943 manche Privilegien, bekamen aber gleichwohl die von vielerlei Vorurteilen geprägte ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung zu spüren. Mit dem Austritt Italiens aus dem Krieg wurden etwa 600 000 Soldaten als Militärinternierte nach Deutschland deportiert. Ihre dort von Rachsucht und Rassismus geprägte miserable Behandlung verhinderte eine effiziente Nutzung dieses Arbeitskräftepotentials, wie sie eigentlich im kriegswirtschaftlichen Interesse Deutschlands gelegen hätte (Luigi Cajani).

Drei Beiträge untersuchen die entsetzliche Lage der russischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter. Rolf-Dieter Müller beschreibt die verschiedenen Formen und Phasen der Arbeiterrekrutierung in der Sowjetunion. Der Moskauer Historiker Josef A. Brodski berichtet über Widerstandsaktivitäten russischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter, aber auch über ihr schweres Schicksal nach der Rückkehr in ihre Heimat. Dietrich Eichholtz schließlich informiert über einen Großversuch von Ernährungswissenschaftlern des Kaiser-Wilhelm-Instituts an russischen und italienischen Zwangsarbeitern (»Krautaktion«) mit dem Ziel, die Ernährungsressourcen im Interesse einer gut funktionierenden Kriegswirtschaft optimal zu nutzen. Zwangsarbeit in der »Ostmark« stellen Florian Freund und Bertrand Perz in den Zusammenhang eines umfassenden Modernisierungs- und Rationalisierungsprozesses – ein Ansatz, der weitere Untersuchungen geradezu herausfordert.

Die nach wie vor kontrovers diskutierte Rolle der Industrie beim Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen diskutiert Rainer Fröbe am Beispiel der Verlagerung der Rüstungsproduktion in unterirdische Anlagen während der letzten Kriegsphase. In seinem abschließenden Beitrag verweist der Herausgeber auf die tiefgreifenden Widersprüche der deutschen Zwangsarbeiterpolitik: Rücksichtnahme auf kriegswirtschaftliche Interessen einerseits, Durchsetzung politisch-ideologischer, rassistischer Gesichtspunkte andererseits.

Viele Beiträge dieses wichtigen Sammelbandes betreten Neuland und regen zu weiteren Forschungen an. Sie müßten sich noch intensiver befassen mit dem Lagersystem im Osten (z. B. den Zwangsarbeitslagern für jüdische Frauen und Männer, den Polizeihäftlagern), mit der Situation der weiblichen Arbeitskräfte, dem Zusammenhang von Sozialpo-

litik und Rassismus, den Folgen der deutschen Besatzungspolitik und des »Reichseinsatzes« für die besetzten Gebiete, für Deutschland und nicht zuletzt für die betroffenen Menschen.

Hans-Ulrich Ludewig, Braunschweig

Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, Oldenbourg Verlag, München 1991, 584 S., geb., 68 DM.

Titel und Untertitel sagen präzise, worum es in diesem Sammelwerk geht, nämlich um den Versuch, das zahlenmäßige Ausmaß des nationalsozialistischen Massenmords an den Juden möglichst exakt zu ermitteln. Damit ist eine der methodisch schwierigsten Fragen der Zeitgeschichtsforschung aufgeworfen. Denn abgesehen davon, daß sich die Massaker und Vernichtungsaktionen unter dem Schleier strikter Geheimhaltung und zusätzlich getarnt durch verhüllenden Sprachgebrauch vollzogen haben, so daß sich das grauenvolle Geschehen nur teilweise in statistischen Quellen niedergeschlagen hat, erschweren auch die lange vor den Deportationen einsetzenden Wanderungs- und Fluchtbewegungen der Juden eine genaue Erfassung der Opfer. Namentlich die Emigration in Länder, die im Krieg unter deutsche Besatzungsherrschaft gerieten, führte häufig zu Doppelzählungen, wie sich am Beispiel Frankreichs und Belgiens verdeutlichen läßt, wo von insgesamt 104 652 Deportierten nur knapp ein Drittel die französische bzw. belgische Staatsbürgerschaft besaßen, die anderen dagegen als Flüchtlinge womöglich auch unter den Opfern desjenigen Landes angeführt werden, das sie vertrieben hatte.

Neben solche Probleme allgemeiner Art tritt die je besondere Quellenlage in den einzelnen Verfolgungsgebieten. Sie ist teils gut wie in Österreich oder Italien, teils dürftig bis mangelhaft wie in Albanien, teils mit enormen, größtenteils auf Problemen der territorialen Abgrenzung beruhenden Unsicherheiten behaftet, die im Falle der Sowjetunion oder Polens zu Dunkelziffern von mehreren hunderttausend führen. Jedenfalls empfiehlt es sich angesichts solcher Schwierigkeiten, die Verfolgungszahlen nicht lediglich durch Addition einschlägiger Angaben in den Quellen zu berechnen, sondern, soweit überhaupt möglich, auch die Konfessionsstatistiken der einzelnen Länder vergleichend heranzuziehen. Freilich mangelt es an entsprechenden Unterlagen gerade in denjenigen Ländern Ost- und Südosteuropas, aus denen die Masse der Ermordeten stammte. In solchen Fällen bleibt der Unsicherheitsfaktor auch bei größtmöglicher Sorgfalt und Vorsicht groß, so daß mit quellenmäßig belegten *Mindest-* und sehr wahrscheinlichen *Maximalzahlen* gearbeitet werden muß.

Um neben gesicherten Erkenntnissen auch die besonderen Probleme bei deren Ermittlung zu verdeutlichen, hat der Herausgeber jedes der insgesamt 17 Verfolgungsgebiete einem Spezialisten anvertraut, wobei den Bearbeitern die Aufgabe gestellt war, neben der Schilderung der einzelnen Verfolgungsmaßnahmen auch die jeweilige Quellenlage darzulegen. Die ermittelten Opfer sind schließlich in einer »Gesamtbilanz« zusammengestellt. Sie ergibt »ein Minimum von 5,29 Millionen und ein Maximum von knapp über sechs Millionen« (S. 17) ermordeter Juden. Da sich keine spektakulären Abweichungen von den Ergebnissen früherer Erhebungen (Reitlinger, Wellers, Hilberg, Yad Vashem) ergeben, dürfte Benz' Fazit zuzustimmen sein, daß diese Zahlen »der Realität so nahe [kommen], wie das nur möglich ist« (S. 15).

Angesichts der penetranten Verharmlosungsversuche einschlägig interessierter Kreise läßt sich die Notwendigkeit nicht bezweifeln, dem historischen Urteil über den ausschließlich rassistisch motivierten Völkermord an den Juden verlässliche Fakten zugrundezulegen.